



SEITE 2
 Gastbeitrag: DGB-Chef
 Reiner Hoffmann über das
 Tarifpaket

SEITE 3
 Sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll: das Tarifpaket im Detail



SEITE 4/5
 Im Gespräch: Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht

SEITE 6
 Haushalt: Weniger Schulden, mehr Spielraum

Gesagt ✓
 Getan ✓
 Gerechtfertigt ✓

SEITE 7
 Gesagt, getan, gerecht: Eine Zwischenbilanz der SPD-Fraktion

SEITE 8
 EEG-Reform: Je planbarer, desto besser

GUTE ARBEIT

SPD
 BUNDESTAGS
 FRAKTION

Ausgabe 04/2014

Politik für die Menschen

Mindestlohn, Rentenpaket, Doppelpass:
 Die SPD-Fraktion hält, was sie verspricht.

Es ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann: In gerade einmal einem halben Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition bereits mehr auf den Weg gebracht als die vorherige schwarz-gelbe Bundesregierung in einer ganzen Legislaturperiode: Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde; abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren; höhere Mütter- und Erwerbsminderungsrenten; neun Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung; mehr Geld für Kommunen und Städtebau; die doppelte Staatsbürgerschaft; volle steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; die EEG-Reform für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom.

SPD-Fraktion gibt den Ton an

Es sind viele sozialdemokratische Projekte, die erfolgreich umgesetzt wurden. Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind die treibende Kraft der Großen Koalition.

Das liegt auch daran, dass die SPD-Fraktion ein klares Ziel und klare Vorstellungen davon hat, wie das Land in Zukunft aussehen soll. Die Sozialdemokraten im Bundestag machen Politik, damit es den Bürgerinnen und Bürgern künftig besser geht. Regelungen wie der Mindestlohn schaffen konkrete Verbesserungen für Millionen von Menschen. Jetzt bekommt Arbeit wieder Wert und Würde – dafür hat die SPD-Fraktion jahrelang an der Seite der Gewerkschaften gekämpft.

Mit dem Rentenpaket schließt die Koalition Gerechtigkeitslücken und erkennt Lebensleistungen und langjährige Beiträge zur Solidargemeinschaft besser an. Der Doppelpass beseitigt



Jahrelang hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gekämpft. Er steht beispielhaft für die erfolgreiche Bilanz der Sozialdemokraten in der Regierung.

mit der Optionspflicht ein zentrales Integrationshemmnis, und in der steuerlichen Gleichstellung homosexueller Paare spiegelt sich eine tolerante, offene Gesellschaft. Zudem bringt die Energiewende das Land weiter voran und macht es fit für die Zukunft.

Versprochen und gehalten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den letzten sechs Monaten bewiesen, dass sie nicht nur verspricht, sondern ihre Versprechen auch in die Tat umsetzt.

Die Sozialdemokraten haben dabei eine klare Leitlinie, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann: „Wir wollen die Wirtschaftskraft erhalten, unseren Wohlstand sichern und gleichzeitig dafür sorgen, dass alle Menschen in die-

sem Land von diesem Wohlstand profitieren.“

Noch viel zu tun

Klar ist auch: Das bisher Erreichte ist kein Grund, sich zurückzulehen. „Wir können in dieser Regierung noch viel bewegen“, sagt Thomas Oppermann. Die SPD-Fraktion wird sich wei-

ter für die Menschen in Deutschland einsetzen: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für bessere Karrierechancen von Frauen, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für bezahlbare Mieten, für mehr BAföG und mehr Ausbildungs- und Studienplätze.

Mehr zur Bilanz auf Seite 7 ■

Bilanz Juli 2014 – das ist bereits beschlossen:

- **Mindestlohn:** Keine Arbeit mehr unter 8,50 Euro pro Stunde.
- **Rentenpaket:** Nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen
- **Bildungspaket:** 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung.
- **EEG-Reform:** Sicherer, sauberer, bezahlbarer Strom.
- **Gleichstellung:** Lebenspartnerschaften steuerlich gleichgestellt.
- **Doppelpass:** Optionspflicht abgeschafft
- **Mehr Geld für Kommunen**

Zahlen zum Tarifpaket

- **82 Prozent** der Deutschen sagen „Ja“ zum gesetzlichen Mindestlohn (ZDF-Politbarometer / Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)
- Durch den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn erhalten rund **3,7 Millionen** Menschen in Deutschland ab dem 01.01.2015 höhere Löhne.
- Derzeit gibt es in **14 Branchen** in Deutschland Mindestlöhne. In 11 davon liegt die Untergrenze überall in Deutschland oder zumindest im allergrößten Teil des Landes über 8,50 Euro. (Quelle: WSI-Tarifarchiv)
- Im Gastgewerbe arbeiteten in den Jahren 2009-2012 **54 Prozent** aller Beschäftigten für einen Lohn von unter 8,50 pro Stunde. (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung)
- 2013 arbeiteten hochgerechnet etwa **52 Prozent** der westdeutschen und **35 Prozent** der ostdeutschen Beschäftigten in Betrieben, die branchentarifgebunden sind. Für **40 Prozent** der Beschäftigten im Westen und **53 Prozent** im Osten gibt es keinen Tarifvertrag. (Quelle: IAB) ■

Tarifpaket: Der Kurs stimmt

In seinem Gastbeitrag schreibt der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann über die Bedeutung des Tarifpakets für den Arbeitsmarkt.

Es sind zwei große Pakete, die die Bundesarbeitsministerin zügig auf den Weg gebracht hat. Mit dem Renten- und dem Tarifpaket hat Andrea Nahles in wenigen Monaten mehr angepackt als die Vorgängerregierung in vier Jahren. Und ich füge hinzu: unterm Strich kann sich die Arbeit des Ministeriums sehen lassen, bei aller Kritik im Detail.

Es wird in den aufgeregten Debatten über den Mindestlohn oft übersehen, dass viel mehr im Tarifpaket steckt. Aber allein das Wort ‚Mindestlohn‘ hat es in den Medien wohl leichter als ‚Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen‘ oder ‚Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes‘.

Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Diese einzelnen Elemente des Tarifpakets stehen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang. Es geht darum, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Mit dem Mindestlohn wird ein neuer, stabiler Boden eingezogen, der dem Tarifsystem von unten eine neue Stabilität gibt.

Die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und

die Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes werden die Tarifaufonomie stärken und im Übrigen auch zur Entlastung des Gesetzgebers beitragen. Denn je mehr die Tarifpartner mit breiter Wirkung selbst regeln können, desto weniger ist die Politik gefordert. Und wenn immer mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können, werden auch Tarifflucht und OT-Mitgliedschaften (Ohne Tarifbindung) in den Arbeitgeberverbänden unattraktiver – auch das würde die Tarifaufonomie stärken.

Noch viel zu tun

Zu tun gibt es in der Arbeitsmarktpolitik noch genug. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen steht noch aus, auch über andere Themen wie Minijobs und sachgrundlose Befristungen wird zu reden sein. Aber: Mit dem Tarifpaket hat die Koalition die richtige Richtung eingeschlagen. Als nächstes müssen wir die Humanisierung der Arbeit ganz oben auf die Agenda setzen. Damit Menschen künftig länger gesund durchs Arbeitsleben und in den Ruhestand gehen können. ■



Für DGB-Chef Reiner Hoffmann kann sich die Arbeit der Koalition sehen lassen.

Studie: Mit Mindestlohn ist alles besser

Schlecht für den Wettbewerb, enorme Arbeitsplatzverluste – seit Jahren werden die gleichen Argumente gegen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ins Feld geführt. Forscher der Uni Duisburg-Essen haben jetzt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung den aktuellen Stand der Mindestlohntheorie und -forschung in Deutschland und international analysiert.

Große Sozialreform

Das Ergebnis der Studie ist eindeutig: Ein Mindestlohn hat keine Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen. Im Gegenteil: Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro ist laut den Autoren Prof. Dr. Gerhard Bosch und Dr. Claudia Weinkopf notwendig und geeignet, um zu verhindern, dass das Lohnniveau in Deutschland immer weiter nach unten ausfranst. 6,6 Millionen Beschäftigte verdienten im Jahr 2012 weniger als 8,50 Euro pro Stunde. „Das ist in Deutschland jeder Fünfte und in Ostdeutschland sogar fast ein Drittel der Beschäftigten“, sagt Bosch. Das von



Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung des Mindestlohns sind günstig.

Andrea Nahles vorgelegte Gesetzespaket sehen die Forscher vor diesem Hintergrund als „eine der größten Sozialreformen der Nachkriegszeit“. Grundsätzlich seien in Deutschland die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und problemlose Einführung des Mindestlohns günstig, sagen Bosch und

Weinkopf. Denn Deutschland ist in Europa Innovationsführer. Deshalb könnten Betriebe gut mit Effizienzsteigerungen auf die Lohnuntergrenze reagieren. Das Tarifpaket nennen die Forscher auch mit Blick auf Erfahrungen aus dem Ausland „bedacht und vorsichtig“. Die Höhe des Mindestlohns

von 8,50 Euro sei im europäischen Vergleich moderat. Unternehmen hätten mehr als ein Jahr Zeit erhalten, um sich auf den Mindestlohn vorzubereiten. Zudem gebe es die Möglichkeit, durch allgemeinverbindliche Tarifverträge bis Ende 2016 das Lohnniveau schrittweise anzupassen. „Die Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, dass ein Mindestlohn bei den Unternehmen akzeptiert wird, wenn sie sicher sein können, dass er auch von Konkurrenten bezahlt wird.“

Mindestlohn durchsetzen

Deshalb ist es laut den Forschern umso wichtiger, dass die Bundesregierung auch im Umsetzungsprozess deutlich macht, dass es ihr mit der Durchsetzung und Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns ernst ist. „Dazu gehören auch Sanktionen. Um einen hohen Grad der Einhaltung des Mindestlohns zu erreichen, müssen die Kosten der Nicht-Einhaltung eines gesetzlichen Mindestlohns für Betriebe höher sein als dessen Einhaltung.“ ■

Sozial gerecht, ökonomisch sinnvoll: das Tarifpaket

Mindestlohn und stärkere Tarifautonomie: Mit dem Tarifpaket sorgt die SPD-Fraktion für Verbesserungen auf der Arbeitnehmerseite.

Der ehemalige DGB-Vorsitzende Michael Sommer nennt es ein historisches Gesetz. Für seinen Nachfolger Reiner Hoffmann ist es der Schlüssel für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause das von Andrea Nahles eingebrachte Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie beschlossen. Mit ihm sorgt die Koalition dafür, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Gleichzeitig stärkt das Gesetz die Tarifautonomie. Die Regelungen im Detail:

Mindestlohn ist Meilenstein

Ab dem 1. Januar 2015 erhalten alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. In einer Übergangszeit bis Ende 2016 darf es Abweichungen geben. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn dann flächendeckend und für alle Branchen. Voraussetzung für Abweichungen vom Mindestlohn ist ein tariflicher Branchen-Mindestlohn. Bei den Zeitungsstellern sind in dieser Übergangszeit gesetzlich geregelte Abweichungen auch ohne Tarifvertrag möglich, ab dem 1. Januar 2017 bekommen auch sie mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Besondere Regelungen gibt es für Langzeitarbeitslose, ehrenamtliche Tätigkeiten, Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

Mit der Einführung des Mindestlohns macht die Koalition zudem Schluss mit der „Generation Praktikum“. Junge Menschen, die nach dem Hochschulabschluss ohne Bezahlung



Endlich am Ziel: Katja Mast (3. v.li.) und Carola Reimann (5. v.li.) freuen sich gemeinsam mit Spitzenvertretern großer Gewerkschaften über den beschlossenen Mindestlohn.

vollwertige Arbeit leisten, wird es mit dem Mindestlohn künftig nicht mehr geben. Lediglich freiwillige Praktika während des Studiums oder der Ausbildung sind für drei Monate von der Regelung ausgenommen.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellt klar: „Spätestens zum 1. Januar 2017 bekommen alle Arbeitnehmer in Deutschland über 18 Jahre den gesetzlichen Mindestlohn.“ Eine Kommission aus Tarifpartnern und Wissenschaftlern wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig überprüfen und anpassen. Sie wird bereits 2016 zum ersten Mal zusammentreten und über die Höhe des Mindestlohns ab dem 1.1.2017 entscheiden. „Für Millionen von Menschen bedeutet die Einführung des Mindestlohns die größte Gehaltserhöhung ihres Lebens“, sagt SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann.

Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen

Tarifverträge können unter bestimmten Voraussetzungen für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gleichen Branche, die nicht tarifgebunden sind. Möglich ist dies bislang, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Branche gilt. Dieses 50-Prozent-Quorum entfällt künftig, weil es in Zeiten abnehmender Tarifbindung immer seltener erfüllt werden kann. Dadurch können Tarifverträge leichter auf gesamte Branchen erstreckt werden.

Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz hat sich zur Einführung tariflich vereinbarter Branchenmindestlöhne bewährt. Auf seiner Grundlage können Tarifpartner bestimmter Branchen tarifliche Mindestlöhne und Mindeststandards auf die gesamte Branche erstrecken. Der Vorteil: Es können für die Branchen jeweils passgenaue Regelungen vereinbart werden, nicht nur beim Lohn, sondern auch beim Urlaub oder Arbeits- und Gesundheitsschutz. Sie gelten dann für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Mit dem Tarifpaket steht dieses Instrument allen Branchen offen. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

in kurzer Zeit ist es uns in Regierungsverantwortung gelungen, wichtige Weichenstellungen für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen: Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Der Doppelpass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern. Und auch die dringend notwendige Reform der Förderung erneuerbarer Energien für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom.

Vor allem aber der Beschluss eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns legt einen zentralen Grundstein für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Fast 10 Jahre haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für den gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. Wir können stolz darauf sein, dass flächendeckend der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro in Ost und West gleichermaßen ab dem 1. Januar 2015 kommt, ohne dass es Ausnahmeregelungen für einzelne Branchen geben wird. Schätzungsweise 3,7 Millionen fleißig arbeitende Menschen werden davon profitieren, zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Lohndumping über unrentable Geschäftsmodelle auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören damit der Vergangenheit an. Damit schafft der Mindestlohn ein Stück weit mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

Wir wissen auch: wir dürfen jetzt nicht die Hände in den Schoß legen. Wir wollen und wir werden auch nach der parlamentarischen Sommerpause wichtige Projekte auf den Weg bringen – Schritt für Schritt. ■



Ab dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro.



»Eine selbstbewusste Fraktion ist nicht der verlängerte Arm der Regierung«

Es war ein guter Start, sagt Christine Lambrecht über die ersten Monate der Großen Koalition. Im Interview zieht die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Bilanz und erklärt, was die Sozialdemokraten noch vorhaben.

Das erste halbe Jahr ist für die Koalition um. Wie fällt Ihr Zwischenfazit aus?

Das Zwischenfazit ist ausgesprochen positiv. Wir haben einen guten Koalitionsvertrag ausgehandelt, und die Mitgliederbefragung hat uns eine solide Basis für unser Handeln gegeben. Wir haben viele Themen angepackt, vor allem die Rente, die Reform des EEG und den Mindestlohn. Das war ein guter Start. Was die Umsetzung des Koalitionsvertrags angeht, sind wir voll im Soll. Gerade das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit Andrea Nahles an der Spitze hat hervorragende Arbeit geleistet, so dass wir jetzt schon die ersten Vorhaben umgesetzt haben. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

Die SPD-Fraktion ist Junior-Partner in der Koalition. Wie viel haben die Sozialdemokraten in der Koalition zu sagen?

Wir sind mit der Union auf Augenhöhe und setzen den Koalitionsvertrag gemeinsam um. Die Fraktionsvorsitzenden arbeiten vertrauensvoll und ergebnisorientiert zusammen, Probleme werden schnell gelöst. Auch mein „Draht“ zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Union ist gut. Im regelmäßigen Koalitionsfrühstück räumen wir eventuelle Konfliktpunkte zwischen den Fraktionen frühzeitig aus.

Welche Rolle kommt Ihrer Fraktion mit Blick auf die Regierung zu, abgesehen von der Bestätigung von Kabinettsbeschlüssen?

Wir sind eine selbstbewusste Fraktion und nicht der verlängerte Arm der Re-

„Wir sind mit der Union auf Augenhöhe“

„Wir sind schon heute erfolgreicher als Schwarz-Gelb in einer ganzen Amtszeit“

gierung. Das wird auch von allen Seiten so wahrgenommen.

Unsere Ministerinnen und Minister achten auf eine sehr enge Absprache mit der Fraktion. Es gibt viele Gesprächskontakte und Rücksprachen. Unsere zuständigen Fachleute werden frühzeitig miteinbezogen und entwickeln die Politik der Koalition mit. Natürlich nehmen die Minister auch an den Fraktionssitzungen teil und stehen Rede und Antwort. Das funktioniert sehr gut.

Wo sehen Sie bisher die größten Erfolge der SPD-Fraktion in der Koalition?

Wie gesagt: wir haben die Rente mit 63, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und den Mindestlohn umgesetzt. Nicht zuletzt haben wir auch mehr Transparenz bei Rüstungsexporten geschaffen. Und das alles im ersten halben Jahr. Damit sind wir erfolgreicher als es die schwarz-gelbe Regierung in ihrer ganzen Amtszeit war.

Stichwort Mindestlohn. In der Debatte wird er von den Gegnern immer als Wettbewerbshemmnis bezeichnet, das zu Arbeitsplatzverlusten führe. Auf was müssen wir uns einstellen?

Wir können uns darüber freuen, dass es in Zukunft gerechter zugeht, Arbeit endlich wieder ihren Wert hat und die Kaufkraft steigt. Das Nachsehen haben die Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf Mini-Löhnen beruht. Dafür werden die Unternehmen, die jetzt schon faire Löhne zahlen, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.

Was bringt das Tarifpaket im Detail?

Ab dem 1. Januar 2015 erhalten alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 tarifvertragliche Abweichungen möglich. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regeln gelten für Langzeitarbeitslose in den

ersten 6 Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

Außerdem können Tarifverträge künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das geht bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum haben wir gestrichen. Außerdem ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Dabei ist die Einführung des Mindestlohns ein historischer Durchbruch. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten die größte Lohnerhöhung ihres Lebens.

„Die Einführung des Mindestlohns ist ein historischer Durchbruch“

Herrscht damit wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt?

Wir werden noch weitere Maßnahmen brauchen, um Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, vor allem bei der Leiharbeit. Die Arbeitnehmerüberlassung muss auf ihre Kernfunktion beschränkt werden. Es wird eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach 9 Monaten geben.

Ist die Rente mit 63 generationengerecht?

Die Rente mit 63 ist gerecht. Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren profitieren unmittelbar 200.000 Menschen, von der »Mütterrente« 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpa-



Christine Lambrecht nach ihrer Wahl zur Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion.

ket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Monaten gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr viel durchgesetzt. Welche Projekte bleiben noch für die kommenden drei Jahre?

Da muss sich keiner Sorgen machen. Wir haben noch genug vor. Zuerst werden wir eine Mietprelsbremse einführen. Wo Mieten bei Wiedervermietung derzeit überdurchschnittlich hoch sind, wollen wir Steigerungen auf 10 Prozent beschränken. Bei den Maklern wird zukünftig gelten: Wer sie bestellt, der muss sie auch bezahlen.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz werden wir Leistungsverbesserungen in

und Beruf werden wir dafür sorgen, dass sich Familien mehr Zeit für pflegebedürftige Angehörige nehmen können.

Noch in diesem Jahr werden wir einen Vorschlag zu Änderung des Grundgesetzes machen, um den Bund an der Finanzierung des Hochschulsystems dauerhaft zu beteiligen. Darüber hinaus werden wir den Verbraucherschutz beim Kauf von Finanzprodukten stärken. Um die Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung auszubauen, wird die Bundesregierung zudem im Herbst eine ressortübergreifende Digitale Agenda 2014–2017 beschließen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird deren Umsetzung mit einer eigenen Veranstaltungsreihe begleiten und den Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft führen.

Was plant die SPD-Fraktion speziell für Familien?

Mit dem „ElterngeldPlus“ wollen wir Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen: Wer in Teilzeit arbeitet, soll länger Elterngeld beziehen. Um den Wechsel in und die Rückkehr aus Teilzeitarbeit zu erleichtern, werden wir ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit einführen. Damit unterstützen wir ein partnerschaftliches Miteinander bei der Erziehung von Kindern. Außerdem wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Dafür brauchen wir eine entsprechende Quote in Aufsichtsräten. Und mit einem Entgeltgleichheitsgesetz wollen wir dafür sorgen, dass

„Wir konzentrieren uns jetzt in der Koalition auf das Machbare“

Frauen den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Entgeltdiskriminierung muss aufgedeckt und beseitigt werden.

Das alles sind große Brocken. Aber wenn die Ministerinnen und Minister und die Fraktion an einem Strang ziehen, werden wir erfolgreich sein.

Die Koalition mit CDU/CSU ist bekanntlich nicht die Wunschkoalition der Sozialdemokraten. In welchen Bereichen sehen Sie Differenzen bzw. wo würden Sie sich noch mehr Entgegenkommen des Koalitionspartners wünschen?

Der Koalitionsvertrag gilt bis 2017, Punkt. Eine Koalition lebt von der konstruktiven Zusammenarbeit und von Nehmen und Geben. Und das wollen wir noch möglichst lange so halten, damit wir viel erreichen können. Beide Koalitionspartner werden mit Blick auf die Wahlen 2017 noch früh genug ihre Unterschiede herausarbeiten, aber jetzt konzentrieren wir uns auf das Machbare. ■

„Wir brauchen noch weitere Maßnahmen, um Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen“

der Pflegeversicherung über 2,4 Milliarden Euro ab Januar 2015 beschließen und die Pflegeberufe stärken. Zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie

Meldungen

Dialogreihe
Digitale Agenda

Die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden haben dazu beigetragen, dass das Thema Netzpolitik im Zentrum der politischen Debatte angekommen ist. Der Bundestag hat einen Internet-ausschuss „Digitale Agenda“ eingerichtet, die Bundesregierung wird im Sommer erstmals eine „Digitale Agenda“ vorstellen. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagsfraktion am 6. Juni 2014 mit dem öffentlichen Fachgespräch „Cyberpolitik und Cybersecurity - Digitale Agenda 2014-17“ eine Veranstaltungsreihe zur „Digitalen Agenda“ gestartet. Die SPD-Fraktion sucht mit der Reihe den Dialog, möchte die netzpolitischen Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren und die Expertise in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in ihre politische Meinungsbildung einbinden. Weitere Infos unter www.spdfraktion.de. ■

Garantierte
Leistungen sichern

Der Bundestag hat ein Gesetz zur Reform von Lebensversicherungen beschlossen. Damit will die Koalition sicherstellen, dass die Kunden trotz der anhaltend niedrigen Zinsen auch künftig ihre garantierten Leistungen erhalten. Denn seit einigen Jahren sind die Zinsen am Kapitalmarkt extrem niedrig, wodurch die Versicherer immer mehr Probleme bekommen, die versprochenen Renditen zu erwirtschaften und ihre Zusagen einzuhalten. Mit einem Maßnahmenpaket will die Koalition die Leistungsfähigkeit der Versicherungsunternehmen sichern. Ganz konkret: Die Versicherten sollen sich auch künftig darauf verlassen können, dass sie die ihnen garantierten Leistungen erhalten. „Unser Ziel ist es, die Lebensversicherungen dauerhaft zu sichern und dafür zu sorgen, dass der Garantiezins auch in 20 Jahren noch auszahlbar bleibt“, sagt SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider. ■

Haushalt 2014: Ein starkes
Signal Richtung Zukunft

Weniger Schulden, mehr Spielraum: Der Bund wird in diesem Jahr so wenige neue Schulden wie zuletzt vor 40 Jahren machen.

Nach intensiven Beratungen hat der Deutsche Bundestag Ende Juni den Bundeshaushalt für das laufende Jahr beschlossen. Es ist der erste Haushalt der Großen Koalition. Demnach wird es dieses Jahr bei Gesamtausgaben von 296,5 Milliarden Euro eine Neukreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro geben. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 waren es noch rund 22 Milliarden Euro. Für das kommende Jahr will die Koalition dann erstmals seit 1969 komplett ohne neue Schulden auskommen.

**Kein Haushalt zu Lasten der
jungen Generationen**

Mit dem Haushalt habe die Koalition ein starkes Signal in Richtung Zukunft gesetzt, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Einen Haushalt zu Lasten der jungen Generation darf es nicht mehr geben.“

Für die SPD-Fraktion ist klar: Nur ein handlungsfähiger Staat kann sich stark machen für sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe. Die Sozialdemokraten wollen die Gestaltungsspielräume heute sinnvoll nutzen, sie aber gleichzeitig für künftige Generationen erhalten.

Auch inhaltlich trägt der Haushalt eine klare sozialdemokratische Handschrift. Der SPD-Fraktion sei es nicht nur



Bis 2015 will die Koalition komplett ohne neue Schulden auskommen.

gelingen, die Mehrbelastungen auszugleichen, sondern zusätzlich in den parlamentarischen Beratungen wichtige Impulse zu setzen, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs. „Und zwar bei Themen, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders am Herzen liegen.“ So werden zum Beispiel für 2014 zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt (plus 505 Millionen Euro), die Städtebauförderung wie versprochen auf 700 Millionen Euro angehoben, mehr Geld für die

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung gestellt (plus 350 Millionen Euro) und die Mittel für die Entwicklungshilfe erhöht (plus 200 Millionen Euro).

Johannes Kahrs sieht mit dem Haushalt das zentrale Versprechen des Koalitionsvertrages, solide Staatsfinanzen für eine starke Zukunft zu schaffen, für 2014 erfüllt. „Wir arbeiten daran, dass das so weitergeht.“ ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Doppelpass: ein riesengroßer Schritt



Deutschland wird moderner: Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, mit dem die Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht neu geregelt wird.

Bisher erhalten Kinder von ausländischen Eltern bei ihrer Geburt beide Staatsbürgerschaften – also die deut-

sche und die ihrer Eltern. Aber sie müssen sich zwischen ihrem 18. und 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Viele von ihnen stellt das vor eine unnötige Zerreißprobe: Sie sehen Deutschland als ihre Heimat, wollen aber ihre kulturelle Herkunft nicht verleugnen. „Wir sollten auch im Staatsbürgerschaftsrecht unverkrampft mit der Vielfalt in unserem Land umgehen“, sagt Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD). Wer hier geboren und aufgewachsen sei, dürfe nicht Deutscher unter Vorbehalt sein und womöglich später zum Ausländer erklärt werden.

Künftig zwei Pässe

Auf Druck der SPD-Fraktion wird sich das mit dem neuen Gesetz ändern: Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewach-

sen sind, müssen sich künftig nicht mehr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Sie dürfen zwei Pässe behalten. Als in Deutschland aufgewachsen gilt dabei, wer sich bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland aufgehalten oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat. Die Optionspflicht entfällt auch für diejenigen, die über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

Mit der Abschaffung der Optionspflicht werde ein integrationspolitisches Hemmnis beseitigt, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Deutschland ist ein modernes, ein weltoffenes Land. Wir wollen, dass die Menschen und ihre Kinder zu uns kommen. Deutschland ist ein Einwanderungsland.“ ■

Zwischenbilanz: Die SPD-Fraktion packt an für die Menschen

Viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind bereits auf den Weg gebracht worden. Das Ziel der SPD-Fraktion ist klar: Das Leben der Menschen verbessern. Eine Bilanz der ersten Monate.

Der Mindestlohn kommt

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können – und ist sich dabei mit der Bevölkerung einig: 82 Prozent der Deutschen sagen „Ja“ zum gesetzlichen Mindestlohn. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten die größte Lohnerhöhung ihres bisherigen Lebens. Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Gleichzeitig wird die Tarifbindung gestärkt, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.

„Das Tarifpaket ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll“

Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion

Früher abschlagsfrei in Rente gehen

Seit dem 1. Juli können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem gibt es eine verbesserte Erwerbsminderungsrente und eine Erhöhung des Reha-Budgets. Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren profitieren unmittelbar 200.000 Menschen, von der Mütterrente 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient.

„Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient!“

Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Strom muss bezahlbar bleiben

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende gemacht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach

Mehr Geld für Bildung

Es sind gezielte Maßnahmen, die zu planbaren und verlässlichen Investitionen in Bildung und Wissenschaft führen werden: Das BAföG wird angehoben; die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen; der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem lockert die Koalition das Kooperationsverbot im Grundgesetz für den Bereich der Wissenschaft. Die Länder bekommen damit dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen, und die geplante BAföG-Reform sorgt für mehr Chancengleichheit.

Das Ende der Kopfpauschale

Starke Schultern können mehr tragen als schwache: Die Finanzierung der Krankenversicherung richtet sich künftig wieder vollständig nach dem Einkommen der Versicherten. Wer mehr verdient, trägt auch mehr zur Gesetzlichen Krankenversicherung bei. Damit sorgt die SPD-Fraktion für mehr Solidarität im Gesundheitswesen. Das erklärte Ziel der Sozialdemokraten aber bleibt die soziale Bürgerversicherung, in der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gleich viel beisteuern.

Kommunen entlasten

Nur handlungsfähige Kommunen können den Menschen eine gute Infrastruktur mit Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbädern zur Verfügung stellen. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der Koalition durchgesetzt, dass Kommunen und Gemeinden entlastet werden und die Bundesmittel für die Städtebauförderung und die Kinderbetreuung erhöht werden.

„Kommunen sind der Nukleus guter Lebensqualität“

Bernhard Daldrup, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Gleichstellung von Lebenspartnerschaften

Die SPD-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften die gleichen Pflichten und die gleichen Rechte wie in der Ehe bestehen sollten. In der Steuerpolitik und bei der Sukzessivadoption werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften künftig deshalb nicht mehr schlechter gestellt als die Ehe. Das Ziel der völligen Gleichbehandlung von Ehen und Lebenspartnerschaften rückt damit ein Stück weit näher. Die SPD-Fraktion wird weiter für die Öffnung der Ehe und das Recht auf Volladoption für Lesben und Schwule eintreten. ■

Mehr zur Bilanz unter

www.spdfraktion.de

Gesagt
Getan
Gerecht

einem verlässlichen Plan voran, gleichzeitig wird der Anstieg der EEG-Umlage gebremst. Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion: Ausbau der erneuerbaren Energien, bezahlbarer Strom und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der energieintensiven Industrie.

„Wir schaffen Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit“

Hubertus Heil, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender

Der Doppelpass kommt

Es ist ein Meilenstein im deutschen Staatsbürgerschaftsrecht, auf den viele Menschen gewartet haben: Künftig müssen sich in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Der Optionszwang entfällt – und mit ihm ein zentrales Integrationshemmnis.

Damit wird der Doppelpass in Deutschland für viele junge Erwachsene endlich Realität. Ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den kommenden Jahren 400.000 junge Menschen vor eine schwere Entscheidung gestellt.

Vorgestellt



Susann Rührich

Susann Rührich gehört zu den neueren Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion (seit 2013). Als Sprecherin der AG Strategien gegen Rechtsextremismus setzt sie sich für eine wehrhafte Demokratie ein. „Zivilgesellschaftliches Engagement ist das Fundament der Prävention von Rechtsextremismus und aller Formen von Menschenfeindlichkeit.“ Hierbei schöpft sie auch aus ihren Erfahrungen als langjährige Mitarbeiterin beim Netzwerk für Demokratie und Courage. Zudem ist Susann Rührich die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion. „Kinder und Jugendliche haben unseren besonderen Schutz und unsere volle Unterstützung verdient“, sagt sie. ■



Josip Juratovic

Als ehemaliger kroatischer Gastarbeiter ist Josip Juratovic ein kleines Stück bundesdeutsche Geschichte. Und mit seiner Vita auch die perfekte Besetzung für den Posten des Integrationsbeauftragten der SPD-Fraktion. „Ich bin der Überzeugung, dass Integration mit einem Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen Gesellschaft aus Migranten und Deutschen beginnt“, sagt der gelernte KFZ-Mechaniker. Das Klischee des wirklichkeitsfernen Politikers erfüllt Josip Juratovic nicht. Als ehemaliger Fließbandarbeiter und Betriebsrat weiß er, wie das echte Leben aussieht. Seit seinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2005 sieht er sich deshalb vor allem „als Vertreter der Arbeitnehmer in unserem Land.“ ■

Neustart der Energiewende: Je planbarer, desto besser

Die EEG-Reform schafft Planungs- und Investitionssicherheit.

// Der Bundestag hat die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Sie soll die Energiewende nach dem Stillstand der letzten Jahre vorantreiben. //

Mit der EEG-Novelle habe die Koalition den ersten Baustein für ein festes Fundament der Energiewende gelegt, sagte Bundeswirtschafts- und -energieminister, Sigmar Gabriel (SPD) im Bundestag. Beim Ausbau der Erneuerbaren gelte nicht „je schneller, desto besser, sondern je planbarer, desto besser.“

Klar ist: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein voller Erfolg. 25 Prozent unseres Stroms kommen heute aus erneuerbaren Energien. Gleichzeitig treibt dieser Erfolg die Kosten in die Höhe. Über 20 Milliarden Euro kostet die Förderung der Erneuerbaren jährlich – bezahlt von Wirtschaft und privaten Stromkunden in Form der EEG-Umlage. Die Energiewende ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Der Strompreis sei seit 2010 um über 200 Prozent gestiegen, der Netzausbau sei nicht vorangekommen, ebenso wenig die Marktintegration der erneuerbaren Energien, erklärte Sigmar Gabriel im Bundestag. Die Zeit des EEG als Technologieförderungsgesetz gehe zu Ende, jetzt müssten die erneuerbaren Energien Systemverantwortung übernehmen.

Kosten gerechter verteilen

Mit der EEG-Novelle will die Koalition die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, dabei aber die Kosten begrenzen und gerechter verteilen. Durch die Festlegung von Ausbaukorridoren für neue Wind-, Solar- und Biomasseanlagen soll die Energiewende besser gesteuert und eine Überförderung verhindert werden. Die durchschnittliche Vergütung inklusive aller erneuerbaren Energieträger sinkt für Neuanlagen auf 12 Cent/kWh. Derzeit beträgt sie ca. 17 Cent/kWh. Die Höhe der Förderung wird künftig marktgerechter ermittelt. Zudem müssen bei größeren Neuanlagen künftig auch Eigenstromerzeuger die EEG-Umlage anteilig zahlen. Bestehende Anlagen sind



Mit einer erfolgreichen Energiewende kann Deutschland zum weltweiten Vorreiter werden.

davon nicht betroffen. Außerdem wird es eine Bagatelldgrenze geben, das heißt für kleine Anlagen von Privatleuten gilt diese Regelung nicht.

„Wenn wir die Akzeptanz der Energiewende nicht gefährden wollen, müssen wir beim Zubau der Erneuerbaren für mehr Kosteneffizienz sorgen“, machte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil im Bundestag klar. Die Koalition werde die erneuerbaren Energien damit nicht ausbremsen, sondern sie bis zum Jahr 2025 auf 45 Prozent ausbauen.

Arbeitsplätze erhalten

Auch künftig wird es zudem eine „besondere Ausgleichsregelung“ für die stromintensive Industrie geben, die im internationalen Wettbewerb steht. Ihre Beteiligung an der EEG-Umlage ist begrenzt, damit diese Unternehmen im Wettbewerb bestehen können.

Diese Regelung der Begünstigung wird nach langen und konstruktiven Gesprächen mit der EU-Kommission gemäß ihrer Leitlinien europarechtskonform weiterentwickelt. Gleichzeitig

wird die Entlastung stärker auf wirklich energieintensive Unternehmen konzentriert. „Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland Industrienation bleibt“, machte Hubertus Heil klar. ■

Termine

13. Juli: Die Ukraine-Krise, 77743 Neuried-Ichenheim

15. Juli: Erdgasgewinnung und ihre Folgen, 27283 Verden

16. Juli: Was bringt das neue Rentenpaket? 86150 Augsburg

17. Juli: Integration gelingt vor Ort! 74072 Heilbronn

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 4. Juli 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800